

JANNIS TSEKOURAS

**KRITISCHE BEMERKUNGEN ZUR
MITTELFRISTIGEN WIRTSCHAFTSPOLITIK
IN DER EWG**

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
EINLEITUNG	355
I. DIE METHODE DER PROJEKTIONEN UND KRITIK	357
II. DIE ENTSTEHUNG DES BIP	358
1. Arbeitspotential	359
a) Gesamtwirtschaftlich	359
b) Nach Sektoren	359
2. Arbeitsproduktivitaet	359
a) Gesamtwirtschaftlich	359
b) Nach Sektoren	360
III. DIE VERWENDUNG DES BIP	360
IV. POLITIK ZUR STEIGERUNG DES ANGEBOTS	362
1. Beschäftigungs- und Ausbildungspolitik	362
a) Globale Anpassung des Arbeitsangebots	362
b) Strukturelle Anpassung des Arbeitsangebots	365
2. Investitionspolitik	366
3. Forschungspolitik	367
4. Wettbewerbspolitik	367
5. Regionalpolitik	368
6. Sektorale Strukturpolitik	370
V. POLITIK AUF DEM GEBIET DER NACHFRAGEENTWICKLUNG	371
1. Geld-, Kredit- und Kapitalmarktpolitik	372
2. Einkommenspolitik	373
3. Aussenwirtschaftspolitik	373
4. Oeffentliche Finanzpolitik	374
VI. SCHLUSSKRITIK	377
LITERATURVERZEICHNIS	385

MITTELFRISTIGE WIRTSCHAFTSPOLITIK IN DER EWG¹

EINLEITUNG

Im April 1964 wurde von der Kommission der EWG ein Ausschuss für mittelfristige Wirtschaftspolitik eingesetzt, der das erste Programm für die mittelfristige Wirtschaftspolitik auf Gemeinschaftsebene für die Periode 1966 - 1970 erarbeitete.

Dieses Programm, dessen Voraussetzung Projektionen zukünftiger Entwicklungen sind, wendet sich an die Mitgliedstaaten und die europäischen Institutionen und ist "ein Instrument zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik und keinesfalls der Aktivität einzelner Wirtschaftssubjekte"! (→Ausschuss). Dies könnte den Wirtschaftssubjekten durch das Bereitstellen von Anhaltspunkten über die auf nationaler und europäischer Ebene beabsichtigte Politik gewisse Produktions- und Investitionsentscheidungen erleichtern².

Man könnte sagen, dass es sich nicht um einen Zahlenplan handelt, sondern um einen Rahmenplan, von dem gewiss die quantitative Natur nicht fehlt³. Hier möchte ich sagen, dass die Begriffe Programm, Plans, Rahmenplan vom Ausschuss unterschiedslos verwendet werden.

Die EWG hat folgendes Ziel gesetzt: "Das Bruttoinlandsprodukt der Gemeinschaft soll in den nächsten fünf Jahren mit der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate 4,3% wachsen". Weiter soll dieses Wachstum stetig und ausgewogen sein, gleichzeitig einen hohen Beschäftigungsstand wahren, und die innere und äussere Stabilität — sprich keine Inflation oder auch Deflation und Zahlungsbilanzgleichgewicht — schaffen (→magisches Dreieck!).

1. Die Zeit (Anno 1967), in der diese kurze und einfache Arbeit als eine erste Stellungsnahme zum Nuovum der Brüsseler Kommission «Mittelfristige Wirtschaftspolitik in der EWG» geschrieben wurde, darf nicht ausser Achtgelassen werden.

2. EWG-Kommission, Memorandum der Kommission über das Aktionsprogramm der Gemeinschaft für die zweite Stufe, Brüssel, 24.10.1962, S. 5 ff.

3. Planung ohne Planwirtschaft, Hrsg. A. Plitzko; Kyklos-Vorlag Basel, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen, 1964, S. 49 ff.

Der Ausschuss hat, unter Berücksichtigung aller verfügbaren Informationen, — die sehr düster waren — und insbesondere der Voraussetzungen einer bei der Kommission arbeitenden Sachverständigengruppe, die Projektionen des BIP⁴ der EWG sowohl von der Angebotsseite als auch von der Nachfrageseite her aufgestellt. Man ist der Meinung, dass nicht nur die Angebotsfaktoren dem Wachstum Impulse geben, sondern auch die Nachfragekomponenten⁵. Durch den sog. "Kohärenztest", d.h. durch die gegenseitige Abstimmung von Angebot und Nachfrage, kann man leichter vorhandene oder auftauchende Ungleichgewichte korrigieren oder — noch besser — ihnen vorbeugen.

Mir scheint das richtig, denn, obwohl die mittelfristigen Projektionen Wachstumsprojektionen sind, müssen sie doch etwas mehr sagen als nur den Trend, weil ein schlechtes Jahr die 5-Jahren-Periode beeinflussen kann. Die Eliminierung der Konjunkturschwankungen durch die Bildung von Durchschnitten bei einer Periode von 5 Jahren ist also problematisch.

Die Globalprojektionen beziehen sich von der Angebotsseite her auf das Arbeitspotential und die Arbeitsproduktivität, einmal der ganzen Gemeinschaft und zum anderen der drei grossen Wirtschaftsbereiche: Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen. Von der Nachfrageseite her beziehen sie sich auf die Komponenten: Privater Verbrauch, Oeff. Verbrauch, Bruttoanlageinvestitionen, wobei unmittelbar produktive Investitionen, öff. Investitionen und Wohnungsbauinvestitionen getrennt erscheinen, Aussenbeitrag und Vorratsveränderungen.

Die erstellten Projektionen der Produktion und der Endverwendung beschränken sich auf die Darstellung der Entwicklung zu konstanten Preisen und ergeben somit ein unvollständiges Bild der mittelfristigen Strukturveränderungen. Darauf kommen wir später zurück. Zunächst werden wir uns mit der Methode der Projektionen, hauptsächlich von der Angebotsseite her, auseinandersetzen. Dann, weil man Wachstumspolitik treiben will (d. h. das Wachstum gestalten), werden wir die Politik zur Steigerung des Angebots, darunter: Beschäftigungs-, Investitions-, Forschungs-, Wettbewerbs- und insbesondere Regionalpolitik und sektorale Strukturpolitik, behandeln. Weiter werden wir uns mit der Politik auf dem Gebiet der Nachfrageentwicklung, darunter: Geld-, Kredit- und Kapitalmarktpolitik, Einkommens-, Aussenwirtschafts-

4. BIP = Bruttoinlandsprodukt.

5. H. Riese, Mittelfristiges wirtschaftliches Wachstum und neoklassische Wachstumstheorie, in: *Kyklos*, Vol. 18 (1965 I), S. 95 ff.

und insbesondere öff. Finanzpolitik, auseinandersetzen und zum Schluss eine Kritik ausüben.

Alle institutionellen Fragen, die eine grosse Rolle spielen, bleiben unberücksichtigt. Eine gründliche Behandlung des Themas würde einige Sitzungen erfordern, der Ausschuss brauchte 14 Sitzungen, die jeweils von den stellvertretenden Mitglieder vorbereitet wurden. Ich werde mich darum auf die Entwicklung der Hauptzüge beschränken.

I. DIE METHODE DER PROJEKTIONEN UND KRITIK⁶

Das BIP der EWG wird bis 1970 mit der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate 4,3% wachsen! Dies ist eine Punktprojektion, die verglichen mit der Intervallprojektion, eine kleinere Wahrscheinlichkeit und "eine grössere Stärke" (→Giersch) hat.

Die Projektionen des BIP stützen sich auf das Arbeitspotential und die Arbeitsproduktivität, die von der Vergangenheit abgeleitet wird. M.a.W. Man projiziert das Wachstum des BIP auf Grund der tautologischen Gleichung: $Y = L \cdot \frac{Y}{L}$ (oder, falls das BIP pro Kopf der Bevöl-

6. Projektionen sind vage Trendvorschauen (Bombachs Vorlesung); Sie stellen eine Extrapolation (z.B. eine Trendextrapolation) der Vergangenheit dar (Fussnote: E. Schneider, Planung, Programmierung und Koordinierung in der EWG, in: WW-Archiv. Bd. 93 (1964 II); Hoffmann und Campo Verlag Hamburg, S. 6); Sie sind inhaltsvolle Vorhersagen, die eine eingeschränkte Wahrscheinlichkeit haben (H. Giersch, Allg. Wirtschaftspolitik, I. Bd. Grundlagen; Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler Wiesbaden, 1960, S. 39); Sie sind Voraussagen, die von empirisch getesteten Hypothesen in der Vergangenheit abgeleitet wurden (Karl Christian Kuhlo, Die Wachstumsprognose, insbesondere die Prognose der Produktivitätsentwicklung, in: Diagnose und Prognose als wirtschaftswissenschaftliche Methodenprobleme: Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF. Bd. 25; Verlag von Duncker und Humblot Berlin, 1962, S. 270; König).

In meiner kritik stütze ich mich auf: H. Giersch, l.c., S. 39; Methoden zur Vorausschätzung der Wirtschaftsentwicklung auf lange Sicht; Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften; Statistische Informationen, 1960, Nr. 6, Nov./Dez., S.596 ff; Karl Christian Kuhlo, l.c., S. 215 ff; G. Bombach, Ueber die Problematik von Wachstumsprognosen, in: Money, Growth and Methodology and Other Essays in Economics, in Honour of J. Åkerman; Lund 1961, S. 6-7; Bombach/Giersch/Senf, Wachstum und Konjunktur; C. W. Leske Verlag Darmstadt und Opladen, 1960, S. 39-40; G. Bombach, Ueber die Möglichkeit wirtschaftlicher Voraussagen; Kyklos, Vol. 15 (1962), H. 1, In honorem E. Salin, S. 34 ff; H. Gerfin, Langfristige Wirtschaftsprognose; J.C.B. Mohr Tübingen und Polygraphischer Verlag AG. Zürich, 1964, S. 119 ff.

kerung Gegenstand der Untersuchung ist, $\frac{Y}{B} = \frac{Y}{L} \cdot \frac{L}{B}$), wobei

Y = BIP, L = Erwerbstätigen, B = Bevölkerung, $\frac{Y}{L}$ = durchschnittl. Arbeitsproduktivität, $\frac{L}{B}$ = Erwerbsquote.

Nun ob man das BIP durch die Aufspaltung in sog. "definitorische Komponenten" besser projizieren kann, als durch die Trendextrapolation der gesamten Produktion, ist sehr zweifelhaft. Erstens einmal sind die Projektionen der Komponenten letzten Endes nicht anderes als isolierte Trendextrapolationen! Somit soll immer vor Augen gehalten werden sowohl die Länge der Beobachtungsperiode, auch Referenzperiode genannt, (hier war das Jahrfünft 1960/65), als auch der sehr begrenzte Aussagewert der statistischen Durchschnitte.

Zweitens: Definitorische Gleichungen sagen uns nichts kausales, nichts über die wechselseitige Abhängigkeit der Komponenten. Drittens: In unserer Gleichung kann L schneller wachsen als früher, aber das muss nicht heissen, dass Y zunimmt, denn die Grösse $\frac{Y}{L}$ kann konstant bleiben, steigen oder sinken, je nachdem wie der einzelne Arbeitsplatz mit Kapital ($\rightarrow \frac{K}{L}$ = Kapitalintensität) ausgestattet ist und welche Rolle der technische Fortschritt spielt.

Andere Bedenken: Struktur- und Substitutionseffekte, die im Wachstum eine entscheidende Rolle spielen, treten überhaupt nicht in Erscheinung.

II. DIE ENTSTEHUNG DES BIP

Die Tabellen zeigen Vergangenheit und Zukunft in Zahlen (!) und dadurch erlaube ich mir die Zahlenplauderei zu ersparen. Das Kommentieren ist unnötig, ausser bei Tabelle 4, wo die Zuwachsrate je Erwerbstätigen in allen EWG-Ländern mit Ausnahme Belgiens und Italiens weiterhin über die Zuwachsrate je Einwohner liegt. Dieser Unterschied beruht auf dem abnehmenden Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung. Weiter brauche ich nicht nochmals vor dem sehr begrenzten Aussagewert statistischer Zahlen und Durchschnitte zu warnen.

1. Arbeitspotential

a) Gesamtwirtschaftlich

In den nächsten 5 Jahren werden auf dem Arbeitsmarkt gewisse Spannungen auftreten, erstens weil angenommen wird, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften weiterhin anhält, wie in der Vergangenheit und zweitens weil die Einwanderung von Drittländern ungünstig erscheint.

Was die Projektionen betrifft möchte ich lediglich erwähnen, dass die Gesamtbevölkerung als exogene Grösse betrachtet wird und als solche leicht vorausschätzbar ist. Diese Annahme hat man heute wiederum in Frage gestellt (Enke, Niehans), wie einst Malthus; aber für eine solche Periode ist sie berechtigt. Weiter ist die Einwanderung kaum prognostizierbar und auf die Erwerbsquote, die mit der wirtschaftlichen Entwicklung sehr eng verbunden ist, wirken noch andere Faktoren ein. Darauf kommen wir später zurück.

b) Nach Sektoren

Der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen dürfte sich für die EWG von 1965 - 1970 von 15,9% auf 13,2% vermindern. Für das sog. "Phänomen der Landflucht" sieht Karl Christian Behrens⁷ folgende zwei Gründe: 1. Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen steigt gemäss dem Engel'schen Gesetz nicht proportional der Zunahme des Volkseinkommens, sondern sie ist relativ starr und 2. Die Produktivität der landwirtschaftlichen Erzeugung erhöht sich durch zunehmenden Kapitaleinsatz. Ein Beispiel aus den USA wäre hier zutreffend: Dort ernährt ein Farmer heute rund 20 Städter!

Für die Industrie wird angenommen, dass das Arbeitspotential die gleiche Entwicklung, wie in der vorangegangenen Periode zeigen wird, und für den Sektor Dienstleistungen wird eine Zunahme von rund 1,3% jährlich erwartet.

2. Arbeitsproduktivität

a) Gesamtwirtschaftlich⁸

Darüber wurde schon gesprochen. Hier wäre nur noch zu sagen, dass sie, abgesehen von der Methode der Projektionen, eine Summe der

7. Karl Christian Behrens, Allg. Standortbestimmungslehre; Westdeutscher Verlag Köln und Opladen, 1961, S. 138-139.

8. Bombach/Giersch/Senf, l.c., S. 118-119.

aggregierten Produktivitäten der einzelnen Wirtschaftszweige ist. Ihr Gesamtwert wird durch die unterschiedlichen einzelwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritte und durch das relative Vordringen oder Zurückbleiben von Bereichen mit höherer und niedrigerer Produktivität (Struktureffekt) bestimmt. "Damit ist die Produktivitätsentwicklung insgesamt eher eine Resultante des allgemeinen Wachstums als ein selbständiger Bestimmungsfaktor"⁹ (Gerfin).

b) Nach Sektoren

Folgende Tabelle zeigt die Entwicklung in den drei grossen Wirtschaftsbereichen:

Wirtschaftsbereiche	in % des BIP			M. J. Zuwachsrate in %	
	1960	1965	1970	1960/65	1965/70
Beitrag d. Landwirt.	9,1	7,7	6,8	1,3	2,0
Beitrag d. Industr.	48,5	50,2	52,3	5,5	5,4
Beitrag d. Dienstl.	42,5	42,1	40,9	4,6	3,9
BIP	100,0	100,0	100,0	4,8	4,5

Quelle: EWG-Kommission, Sachverständigengruppe für mittelfristige Perspektiven. Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung in der EWG bis 1970, *Bericht*; Brüssel, April 1966.

Die Erstellung der Projektionen zu konstanten Preisen stellt die Plausibilität der Ergebnisse in Frage, weil es im Dienstleistungsbereich und zwar im staatlichen Bereich die Produktivität durch die Höhe der Löhne und Gehälter der Bediensteten gemessen wird.

Allgemein ist zu sagen, dass die Erfassung des realen Sozialprodukts, d.h. des Sozialprodukts zu konstanten Preisen, eine schwierige Sache ist, weil das Indexproblem eine sehr grosse Rolle spielt (Denken wir an den Eigenverbrauch der Landwirtschaft, an das Wohnen in Eigenheimen usw).

III. DIE VERWENDUNG DES BIP

Die Tabellen 5 - 8 zeigen uns, wie das BIP in den nächsten 5 Jahren verwendet wird. Hier möchte ich sagen, dass man bei den Projektionen von der Annahme ausging, dass die Inlands- und Auslandsnachfrage auch im kommenden Jahrfünft anhalten werde.

— Die Aussenbeiträge der einzelnen Länder sollen eine gewisse

9. H. Gerfin, l.c. S. 132.

positive Höhe haben, damit die Länder dem Ziel "Entwicklungshilfe" entsprechen können.

— Die Bruttoanlageinvestitionen erscheinen getrennt in sog. unmittelbar produktiven Investitionen, d.h. solche Investitionen, die das Wachstum unmittelbar beeinflussen und die man forcieren will, dann in staatlichen Investitionen, die nicht klar vom staatlichen Konsum abgegrenzt werden können und die nicht nachgelassen werden sollten, wenn man das Wachstum auf lange Sicht nicht hemmen will, und schliesslich die Wohnungsbauinvestitionen, die von Land zu Land beträchtliche Unterschiede aufweisen.

— Beim Projizieren des öff. Verbrauchs bereitet sowohl die Einnahmenseite — eine vermutete Grösse — wobei der flexible Faktor Steuersatz eine grosse Rolle spielt, als auch die Ausgabenseite, die zwar eine geplante Grösse ist, Schwierigkeiten. Die Staaten verfügen noch über keine Pläne der Ausgabenseite.

— Der private Verbrauch erscheint dann, wenn die übrigen Grössen projiziert sind, als eine Restgrösse. Weil man die Investitionen forcieren will, möchte man den privaten Verbrauch vermindern.

— Ueber die Vorratsveränderungen wurde auf Gemeinschaftsebene nichts unternommen. Dennoch haben einige Länder versucht auch diese Veränderungen zu projizieren (z.B. für die BRD machen sie im jährlichen Durchschnitt rund 1% des Sozialprodukts aus).

Nun auf die Frage, ob es vernünftig ist wirtschaftliche Grössen auf Grund einer Zielwachstumsrate (einer hypothetischen Wachstumsrate) zu berechnen, werde ich später eingehen.

Ich habe auf die Behandlung der Methode der Projektionen nach Sektoren und nach Endverwendungen verzichtet, weil das erstens einmal eine heikle Sache ist (denken wir an die Ermittlung der Elastizitätswerte: Werden diese Werte auch in der Zukunft gelten?), und zweitens den Rahmen dieses Referats übersteigt.

Trotzdem möchte ich noch folgendes erwähnen: Dem sog. "Kohärenztest", d.h. der Gegenüberstellung von projiziertem Angebot und projizierter Nachfrage stehe ich sehr skeptisch gegenüber, weil kaum zu erwarten ist, dass beide Grössen vollständig übereinstimmen.

— Erste Frage: Wie kann die Sicherheit des Schlussresultates durch eine gegenseitige Abstimmung zweier hochgradig unsicherer Schätzungen gesteigert werden?¹⁰ (Gerfin).

10. H. Gerfin, l.c., S. 117.

— Zweite Frage: Wird es sich bei den auftretenden Abweichungen um ein tatsächliches Ungleichgewicht in der Zukunft oder um einen Projektionsfehler handeln?¹¹ (Bombach).

IV. POLITIK ZUR STEIGERUNG DES ANGEBOTS

Zunächst einige allgemeine Bemerkungen:

— Man war der Meinung, dass nur das Angebot der Produktionsfaktoren, und zwar jenes an Arbeitskräften, dem künftigen Wachstum Grenzen setzen wird.

In unserer Gleichung: $Y = L \cdot \frac{Y}{L}$ wird man also versuchen, das $\frac{Y}{L}$ zu steigern.

— Wie Sie im weiteren sehen werden, bestehen zwischen mittelfristig und langfristig keine, oder besser gesagt, können keine klaren Grenzen bestehen, denn ein Infrastrukturobjekt, das heute beginnt, beeinflusst das Wachstum nach Jahrzehnten und für Jahrzehnte. Regionalprognosen z.B. sind langfristiger Natur.

Und nun zu den verschiedenen Politiken:

1. Beschäftigungs- und Ausbildungspolitik¹²

a) Globale anpassung des arbeitsangebots

Folgendes muss untersucht werden:

1. Alter für den Eintritt ins Berufsleben
2. Ruhestandsalter
3. Frauenarbeit
4. Arbeitslosigkeit

11. G. Bombach, l.c., S. 45.

12. Einschlägige Literatur: G. Bombach, Bildungswesen und wirtschaftliche Entwicklung; Verlagsgesellschaft «Recht und Wirtschaft» MBH Heidelberg, S. 36; Karl Martin Bolte, Bevölkerung, Arbeitspotential, Konsum, in: Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft: Schr. d. Ver. f. Soc. pol., NF. Bd. 30/1, 1964, S. 46 ff; H. Berg, Oekonomische Grundlagen der Bildungsplanung; Verlag von Duncker und Humblot Berlin, 1965, S. 95 ff; EWG-Kommission, Ausschuss für mittelfristige Wirtschaftspolitik; Vorentwurf des ersten Programms für die mittelfristige Wirtschaftspolitik 1966-1970, Anhänge. Brüssel, 25. März 1966, S. A II-2 ff, und Wirtschaftstheorie I-Vorlesungen.

5. Arbeitszeit

6. Ein- und Auswanderung

7. Dauer des Militärdienstes, und

8. Altersaufbau und Gesundheitszustand der Bevölkerung

Die letzten zwei Posten (7 & 8) werden unberücksichtigt bleiben.

1. *Alter für den Eintritt ins Berufsleben:*

Das Alter für den Eintritt ins Berufsleben bestimmen zwei Faktoren:

a) die gesetzlichen Bestimmungen über die Schulpflicht und das Mindestalter für den Eintritt ins Erwerbsleben,

b) der Umfang des freiwilligen Schulbesuchs.

a) *Schulpflicht*: Alle Mitgliedstaaten neigen dazu, diese auf 10 Jahre zu erhöhen, d.h. sie bis zum Alter 16 Jahren auszudehnen.

b) *Mindestalter für den Eintritt ins Erwerbsleben*: Es wird von 13 bzw. 14 auf 15 Jahre erhöht werden.

c) *Freiwilliger Schulbesuch*: Vorausschätzungen sind sehr schwer, aber angesichts des steigenden Lebensstandards wird in allen Ländern mit einer Ausdehnung des freiwilligen Schulbesuchs gerechnet.

2. *Ruhestandsalter*

Es ist auf 65 Jahre festgelegt. Es bestehen aber Unterschiede zwischen den Ländern, z.B. für die Frauen in Belgien 60 Jahre, in Italien 55 Jahre und in Niederlande 62 → 60 Jahre.

Aus sozialen Gründen will man das Ruhestandsalter nicht hinausschieben. Das könnte man als ein "statisches Denken" bezeichnen, wenn man die medizinischen Fortschritte in Betracht zieht.

3. *Frauenarbeit*

Man will den Anteil der arbeitenden Frauen erhöhen durch:

— Förderung der Allgemeinbildung oder der Berufsausbildung nach der Grundschule;

— Einführung der Teilzeitarbeit, doch muss diese Arbeit genau geregelt sein, damit ihre Abwertung vermieden wird;

— Massnahmen zur Erleichterung der hauswirtschaftlichen Aufgaben;

— Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsplätze;

— Anpassung der Arbeit an die seelische und körperliche Struktur der Frau (Arbeitspsychologie);

— Abbau der steuerlichen Hemmnisse hinsichtlich der Arbeit der verheirateten Frauen (Einkommensprogressive Steuer);

— Einrichtung von Kindergärten, Schulkantinen, Kindertagesheimen usw;

Hoffentlich wird durch diese Frauenarbeit vor allem die Erziehung der Kinder nicht vernachlässigt.

4. Arbeitslosigkeit

Abgesehen von Italien, herrscht in allen Ländern Vollbeschäftigung. Nun hier möchte ich sagen, dass der Begriff "Vollbeschäftigung" relativ ist. Ein Beispiel: Ist ein Bauer vollbeschäftigt, wenn er zur Zeit der Ernte 15 Stunden arbeitet und zu anderen Zeiten vielleicht 4 oder gar nicht?

Die Arbeitslosenquote, soweit sie genau ermittelt werden kann, dürfte 1,6% betragen (gegenwärtig 1,9%).

Verschiedene Ökonomen, darunter G. Haberler¹³, plädieren für eine 2-3% ige Arbeitslosigkeit, weil sie die Maximierung des langfristigen Wachstums fördert! Nach Haberler verursacht die Ueberbeschäftigung Inflation; es folgt die Einführung direkter Kontrolle von der Regierung, wodurch Produktivität und Wachstum nicht gefördert werden.

5. Arbeitszeit

a) *Jährliche Arbeitszeit*: Sie ist von Land zu Land verschieden, einmal wegen der Feiertage und zum anderen wegen der Ferientage. Am meisten feiert Italien mit 17 Tagen/Jahr, gefolgt von Deutschland mit 10 - 13 Tagen/Jahr. Die Ferientage sind im Steigen begriffen und zwar von 18 zu 24 bezahlten Werktagen.

b) *Tägliche und wöchentliche Arbeitszeit*: Es wird angenommen, dass sie weiter sinken wird. Das Projizieren aber ist sehr schwierig (bezahlte oder geleistete Arbeitsstunden?), weil man die gewerkschaftlichen Ziele nicht weiss.

Die Regierungen können die tarifvertragliche und tatsächliche Wochenarbeitszeit direkt nur im öff. Sektor beeinflussen. Für die anderen Sektoren sind nur Verhandlungen zwischen dem Staat und den Sozialpartnern möglich.

6. Ein- und Auswanderung

Für den Zeitraum 1966 - 1970 hat man über die Nettozuwanderung von Erwerbspersonen in die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft folgende Vorausschätzungen aufgestellt:

13. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.9.1966/Nr. 220, S. 16 (Jahrestagung der Mont- Pélerin-Gesellschaft in Tokyo).

<i>BRD</i> :	Untere Hypothese	+ 240.000
	Obere »	+ 500.000
<i>F</i> :		+ 325.000
<i>I</i> :		— 210.000
<i>HL</i> :		+ 60.000
<i>B</i> :	+ 50 A	60.000
<i>L</i> :		+ 3.000

Das ergibt für die gesamte Gemeinschaft einen positiven Saldo zwischen 450.000 und 750.000 Erwerbspersonen.

Die Vorausschätzungen über die geographische Struktur dieser Wanderungsströme, überhaupt über diese globale Zahlen sind sehr fraglich.

Fünf Länder werden also auch in der Zukunft Einwanderungs- und nur Italien Auswanderungspolitik betreiben müssen.

Das sollte heissen, dass die fünf Länder ihre Anwerbungspolitiken in Italien und in den Drittländern intensivieren und koordinieren sollten und die sozialen Probleme der Castarbeiter nach Möglichkeit lösen.

b) Strukturelle Anpassung des Arbeitsangebots

Bei der Prüfung und Lösung der Beschäftigungsprobleme gewinnen neben den globalen quantitativen Aspekten die qualitativen und strukturellen Faktoren immer grössere Bedeutung.

In einer vollbeschäftigten Wirtschaft können Engpässe auftreten, die sich aus einem Missverhältnis zwischen Arbeitskräfteangebot und -bedarf je nach Befähigung, Berufszweigen oder geographischen Gebieten ergeben.

Ferner werfen die in die Produktionsstruktur eintretenden Veränderungen Probleme einer dauernden Anpassung der Arbeitskräfte an den Bedarf der Wirtschaft auf, deren Lösung hauptsächlich von der Ausbildung und Fortbildung der Arbeitskräfte sowie von deren beruflicher und geographischer Mobilität abhängt.

Aus diesem Grunde treten an die Stelle des Begriffs der Vollbeschäftigung allmählich die Begriffe der "optimalen Beschäftigung" oder des "dynamischen Gleichgewichts der Beschäftigung", in denen eine weitergehende Nutzung der tatsächlichen und potentiellen Arbeitskräfte-reserven zum Ausdruck kommt.

Die strukturelle Anpassung des Arbeitsangebots will man durch Massnahmen auf folgenden Gebieten fördern: Berufsausbildung Jugendlicher, Berufsberatung Jugendlicher, Berufsausbildung und -fortbildung

Erwachsener, berufliche und geographische Mobilität und Abwanderung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft.

Hier tauchen aber einige Fragen auf, die der Ausschuss überhaupt nicht anschneidet:

— Wie steht es mit der Höhe und dem Tragen der opportunity costs sowohl einzelwirtschaftlich, als auch gesamtwirtschaftlich?

— Wer setzt oder wo liegen die Grenzen der Berufsberatung der Jugendlichen, so dass die freie Wahl des Berufs nicht gefährdet wird?

— Wie steht es mit der diametral entgegengesetzten Politik, welche die Unternehmungen betreiben, nämlich den Arbeitern sog. "Senioritätsrechte" zu gewähren oder sie durch "Volksaktien", Investivlohn u.a. an den Betrieb zu binden?

— Eine Ueberbeweglichkeit auf dem Arbeitsmarkt hat als Folge, dass die jüngeren Arbeiter besonders immer wieder sich neue Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem Markt suchen und man kann genau nachweisen, dass das Volkseinkommen darunter leidet¹⁴.

— Schliesslich sollte man die positive Richtung der Wanderung innerhalb einer Wirtschaft begünstigen, denn eine negative Richtung, d.h. von den Hochproduktivitätsbranchen zu denen mit niedriger Produktivität vermindert die Wachstumsrate des Sozialproduktes.

2. Investitionspolitik

Angesichts der Knappheit des Produktionsfaktors Arbeit will man in den kommenden Jahren das Wachstum durch die Erhöhung der Investitionen und zwar, abgesehen von den noch unterentwickelten Gebieten, der Rationalisierungsinvestitionen fördern. Die Projektionen gehen daher von einer Zunahme des Anteils der Bruttoanlageinvestitionen — darunter auch der öff. Investitionen — am Bruttosozialprodukt aus.

Damit investiert wird, muss der Investitionswille gefördert werden durch Steuererleichterungen und durch Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes.

Weiter möchte man aus Gleichgewichts- und Geldwertstabilitätsgründen die Steigerung des Anteils der Investitionen durch eine im Vergleich zum Bruttosozialprodukt langsamere Expansion der übrigen Verwendungskategorien, insbesondere des privaten Verbrauchs, ausgleichen, d.h. durch eine Erhöhung der Ersparnisse.

14. Die Problematik der Vollbeschäftigung: Schrif. d. Ver. f. Soc. pol., NF. Bd. 3, 1951, S. 138 (Sven Helander aus Stockholm).

Nun den Konsum kann man entweder durch Steuererhöhungen oder durch Anreize der Ersparnisbildung vermindern. Steuererhöhungen sind nicht vorgesehen, also bleibt nur die Ersparnisbildung. Aber Sparen heisst nicht Investieren, denn es beeinflusst in erster Linie die Einkommensverteilung und den Inflationsgrad, also müssen die Ersparnisse dem Kapitalmarkt zugänglich gemacht werden. (Vorausgesetzt, dass die Unternehmer investitionsfreudig sind).

3. Forschungspolitik

Die EWG-Länder sind immer der wichtigste Exporteur von wissenschaftlicher Elite und der Importeur von wissenschaftlichen Kenntnissen gewesen. Wenn das so weitergehen wird, so wird die Gemeinschaft im wissenschaftlichen und technischen Fortschritt weit hinter den Grossindustrieländern der Welt bleiben, d.h. das Wachstum wird darunter stark leiden.

Um jetzt sich wettbewerbsfähig zu machen, wollen sie durch eine koordinierte Politik sowohl zwischen den sechs Ländern als auch zwischen den privaten und öff. Industrien die Forschung vorantreiben. Es werden neue Schwerpunkte gebildet, wobei aber die Autonomie der bestehenden Forschungsinstitute gewahrt werden soll.

4. Wettbewerbspolitik

Als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Erreichung der Zielsetzungen der mittelfristigen Wirtschaftspolitik betrachtet man die sog. "aktive Wettbewerbspolitik". Der Ausschuss versteht darunter hauptsächlich die Oeffnung der Märkte und die Freizügigkeit der Produktionsfaktoren durch die Beseitigung von rechtlichen und steuerlichen Hindernissen.

Ebenso soll verhindert werden, dass die Unternehmerkonzentration soweit getrieben wird, dass der Wettbewerb dadurch beeinträchtigt wird, ohne aber zu verkennen, dass die Unternehmenszusammenschlüsse erleichtert werden müssen, weil dies der grosse Markt erfordert und weil es so leichter ist die modernen Produktionsmethoden einzuführen.

Schiller¹⁵ nennt die Politik der Bekämpfung oder Eindämmung von Wettbewerbsbeschränkungen "reaktive" und als "aktive" Wettbewerbspolitik diejenige, bei der der Staat positive Konkurrenz schafft. Scheinbar versteht der Ausschuss unter "aktiver" Wettbewerbspolitik, was Schiller unter "reaktiver".

15. Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 12. Bd., 1965. K. Schiller, Wirtschaftspolitik, S. 215-216.

Eine Wettbewerbspolitik ist um so wirksamer je beweglicher die Einzelpreise sind und je grösser die Faktormobilität ist.

Nun Wettbewerbspolitik ist keine leichte Sache, denn es ist möglich, wie auch Giersch meint¹⁶ — dass bei hoher Wettbewerbsintensität niedrige Gewinne entstehen und deshalb wenig investiert wird, oder dass bei geringer Wettbewerbsintensität kein wesentlicher Zwang zur Investition besteht.

Seidenfuss dagegen ist der Ansicht¹⁷, dass die Intensität des Wettbewerbs nicht von Bedeutung sei, sondern nur die Einstellung der Unternehmer zu ihm.

5. Regionalpolitik¹⁸

Eine harmonische Entwicklung der sechs Volkswirtschaften setzt eine Verringerung des Rückstandes weniger begünstigter Gebiete voraus.

Man will von "oben nach unten" vorgehen, indem der Staat und die EWG-Institutionen Regionalpolitik betreiben. (Wie wirkt sich partielle regionale Wirtschaftsförderung auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum aus?). Dazu braucht man Regionalprognosen, Regionalprogramme. Und weil es sich meistens um Infrastrukturprobleme handelt, bei denen das freie Spiel der Marktkräfte versagt, ist 1) eine zentrale Planung erforderlich¹⁹ und 2) müssen die Prognosen langfristig sein. Die Periode der 5 Jahre ist also in dieser Hinsicht kurz.

Ich möchte in aller Kürze wiedergeben, was die EWG auf diesem Gebiet der Politik zu unternehmen gedenkt.

Man unterscheidet sechs Kategorien von Gebieten, bei denen Regionalpolitik betrieben werden muss:

a) Die peripheren, von den grossen Industriezentren entfernt gelegenen Gebiete, die über genügend Arbeitskräfte reserven verfügen.

Hier sollen sog. "Entwicklungsschwerpunkte" geschaffen werden.

b) Die kleineren landwirtschaftlich strukturierten Gebiete, die nicht weit entfernt von den Industriezentren sind.

Hier sollen "sekundäre Zentren" entwickelt werden.

16. Karl Christian Kuhlo, l.c., S. 539.

17. Karl Christian Kuhlo, l.c., S. 540.

18. Hier stütze ich mich auf: H. Gerfin, Gesamtwirtschaftliches Wachstum und regionale Entwicklung, in: *Kyklos*, Vol. 17, 1964, S. 565 ff; Festschrift für Andreas Predöhl: Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft, Hrsg. H. Jürgensen; Vandenhoeck und Ruprecht in Göttingen, 1964, S.: 386 ff (Giersch), 401 ff (Jürgensen), 414 ff (D. Marx), 426 ff (E. Lauschmann); EWG-Kommission, Ausschuss für mittelfristige Wirtschaftspolitik..., l.c., S. A III-2 ff; Planung ohne Planwirtschaft..., l.c., S. 69 ff (Giersch).

19. Planung ohne Planwirtschaft..., l.c., S. 199 ff (Prof. J. Stohler).

In beiden Fällen müssen, meiner Ansicht nach, die neugeschaffenen Industrien arbeitsintensiv sein.

c) Die alten Industriegebiete, wo das Sozialprodukt mit einer sinkenden Wachstumsrate wächst.

Hier müssen modernere, wettbewerbsfähigere Industrien die alten langsam ablösen.

d) Was das schwierige Problem der "Ballungszentren" betrifft, beabsichtigt die EWG-Kommission eine Sachverständigengruppe einzusetzen, die versuchen wird, alle "Kosten der Ballungen" einschliesslich der social costs und social benefits zu erfassen. (Wie?)

e) Die an den gemeinsamen Grenzen der Mitgliedstaaten gelegenen Gebiete.

Hier muss die Zusammenarbeit gefördert, und die Infrastruktur gemeinsam ausgebaut werden, um Fehlinvestitionen zu vermeinden.

f) Die Zonenrandgebiete. Hier muss versucht werden, die Abwanderung (von 1950 - 1958 verringerte sich die Bevölkerung um 6,3%) und damit die langsame soziale Erosion zu verhindern.

Es sollte noch erwähnt werden, dass die EWG einen grossen Einfluss bei der Durchführung der Regionalprojekte mit der Finanzierung durch die Europäische Investitionsbank, den Agrarfonds und den Sozialfonds einnimmt, so dass hier von einer quasi imperativen Regionalpolitik gesprochen werden kann.

Wachstumstheoretisch möchte ich sagen, dass bei der Aufstellung von Regionalprogrammen nicht die gegenwärtige Produktivität entscheidend sein sollte, sondern die langfristigen Wachstumsaussichten, und dass man sowohl die Strukturprobleme als auch die Standortprobleme berücksichtigen müsse. (Es besteht, soviel ich weiss, noch keine Regionalwachstumstheorie).

Substitutionsprobleme (z.B. Kohle gegen Erdöl und Gas) müssen ebenfalls berücksichtigt werden, denn, wie Jürgensen sagt, "eine wachstumsorientierte Regionalpolitik kann keine 'Naturschutzparks' gestatten"²⁰. Es ist sinnlos langfristig regionale Produktionsstrukturen zu konservieren, die durch das gesamtwirtschaftliche Wachstum anachronistisch werden. Das soll heissen, dass regionale Stützungsmaßnahmen, wie Finanzzuweisungen und Agrarsubventionen, als Anpassungshilfen nur zeitlich begrenzt zulässig sein sollen.

Und zum Schluss wäre noch zu sagen, dass die Regionalpolitik mit allen anderen Politiken abgestimmt werden soll.

20. Festschrift für Andreas Predöhl..., l.c., S. 410.

6. Sektorale Strukturpolitik²¹

Der Begriff "Struktur" hat viele Bedeutungen. F. Machlup²² hat eine Liste von 25 Verwendungsarten dieses Begriffs vorgeführt.

Definitionen haben keinen grossen Wert und da die EWG die Probleme der sektoralen Strukturpolitik noch nicht behandelt hat, werde ich mich mit einigen allgemeinen Andeutungen begnügen.

Bei einer koordinierten sektoralen Strukturpolitik in den sechs Ländern wäre möglich die Produktionsfaktoren besser einzusetzen. Fehl-investitionen könnten vermieden und struktureller Arbeitslosigkeit kann vorgebeugt werden.

Die sektorale Strukturpolitik muss in erster Linie Bestandteil einer aktiven Wachstumspolitik sein, d.h. sie muss darauf ausgerichtet sein, unter möglichst weitgehender Stimulierung des internationalen Handels die Dynamik der Wirtschaft zu begünstigen, ihre Produktivität zu steigern, und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Wachstumsfähige Sektoren müssen begünstigt werden, dagegen wachstumsunfähige nicht künstlich am Leben erhalten werden.

In den nächsten Jahren soll die Verkehrsinfrastruktur ausgebaut und verbessert werden. Weiter sollen sich der Verkehrs- und Handelssektor durch Rationalisierung und Modernisierung den wirtschaftlichen Gegebenheiten anpassen, so dass sie ihre Leistungen zu möglichst niedrigen Kosten für die Volkswirtschaft erbringen können.

Besondere Beachtung ist dem Substitutionsproblem im Energiesektor zu schenken. Der Anteil des Rohöls nimmt zu Lasten der Kohle ständig zu und gleichzeitig steht zu erwarten, dass die Atomenergie die traditionellen Energieträger ergänzen wird.

Die Gemeinschaft, die die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Industrie verbessern muss, wird nur Vorteile daraus ziehen, wenn sie dafür sorgt, dass der Industrie das sich so ergebende Preisniveau voll zugute kommt.

Schwierig steht es auch auf dem Gebiet der Agrarstrukturpolitik,

21. Hier stütze ich nicht auf: K. Schiller, Wirtschaftspolitik, I.c., S. 223-224; Gertrud Neuhauser, Wettbewerbspolitik und technischer Fortschritt im Gemeinsamen Markt, in: Zeitschrift für Nat. Oek., Bd. 23; Springer-Verlag Wien, 1964, S. 189; H. Giersch, Aufgaben der Strukturpolitik, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 9. Jahr; J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen, 1964, S. 61 ff; Wilfried Guth, Wachstumsorientierte Strukturpolitik, in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 71, 29.9.1966, S. 9 ff und 12 (Strukturwandlungen der verschiedenen Sektoren).

22. F. Machlup, Structure and Structural Change: Weaselwords and Jargon, in: Zeit. f. Nat. Oek., Bd. 18, 1958, S. 280 ff.

denn die Landwirte bemühen sich gleichzeitig "um Bewahrung der überlieferten Struktur und paritätischer Teilnahme an der Steigerung des Sozialprodukts, aus Verkenennung der Tatsache, dass die Verbesserung der Lebensverhältnisse zwangsläufig mit Strukturwandlungen verbunden ist"²³, schreibt Hermann Priebe.

Im Laufe der nächsten Jahre soll die landwirtschaftliche Forschung und Landwirtschaftsberatung verbessert werden.

Weiter soll die Beschäftigung der aus der Landwirtschaft abwandernden Erwerbspersonen in anderen Wirtschaftsbereichen durch eine geeignete Berufsausbildungs- und -umschulungspolitik erleichtert werden.

Inzwischen aber sind auf dem Wege der Verwirklichung der gemeinsamen, der harmonischen Agrarpolitik grosse Fortschritte gemacht worden. Aus der harmonisierten Agrarpolitik ergeben sich eine Fülle von Probleme, in die ich aber nicht eingehen möchte, wie z.B. das der Einheitlichkeit der Weizenpreise in bezug auf eine Auf- oder Abwertung einer Landeswährung.

Und zum Schluss möchte ich noch sagen, dass Integrieren Konzentrieren bedeutet und Konzentrieren Strukturwandeln bedeutet. "Die Fortschrittsrate der Gesamtwirtschaft mag konstant sein, die Branchenraten hingegen werden und können es niemals sein. Ein Wachstumsprozess ohne ständige Strukturänderungen ist undenkbar, und man kann gerade umgekehrt sagen, dass ständige Strukturänderungen die Voraussetzung eines reibungslosen Entwicklungsprozesses sind"²⁴.

Dieser Prozess hat nur Sinn, wenn die Lösung von Strukturproblemen nach vorwärts gerichtet ist und nicht konservierend. Alle sog. "Strukturhilfen", d.h. Subventionen, Steuerbegünstigungen, zinsverbilligte Kredite u.a., müssen unter Vermeidung der Wettbewerbsverfälschung zeitlich begrenzt und wachstumsorientiert sein.

V. POLITIK AUF DEM GEBIET DER NACHFRAGEENTWICKLUNG

Die Erfahrungen in der Vergangenheit — schreibt der Ausschuss — lassen keinen Zweifel bestehen, dass ein höheres Wachstumstempo des Angebots nicht ausreicht, um ein schnelles wirtschaftliches Wachstum mit einer befriedigenden Preisentwicklung zu verbinden.

Es ist daher von grosser Bedeutung, ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den verschiedenen Nachfragekomponenten herzustellen.

23. *Karl Martin Bolte*, *Bevölkerung...*, l.c., S. 221-222.

24. *Bombach/Giersch/Senf*, *Wachstum...*, l.c., S. 23 (Prof. G. Bombach).

Wie die Projektionen zeigen, werden in den nächsten 5 Jahren sowohl die öff. Ausgaben (I + C), als auch die privaten Investitionen schneller wachsen als das BIP, dagegen der private Verbrauch langsamer.

Gleich hier möchte ich meine Bedenken zum Ausdruck bringen. Gegen den aus erster Sicht unangenehmen Versuch, den privaten Verbrauch rückgängig zu machen, habe ich nichts einzuwenden, denn ein Nachlassen der Investitionen (öff. & privaten) würde auf lange Sicht das Wachstum beeinträchtigen und damit zwangsläufig auch den Konsum.

Im übrigen würde eine Steigerung der Expansionsrate der privaten Verbrauchsausgaben um 1% — rein rechnerisch — das Wachstum der übrigen Verwendungskategorien um etwa 2% verlangsamen²⁵. Andererseits müssen die Investitionen nicht zu schnell steigen, denn sonst werden Leerkapazitäten entstehen.

Es stellt sich nun die Frage, ob dieser Versuch — also den privaten Verbrauch rückgängig zu machen — erfolgreich oder erfolglos ist. Mir scheint er kaum möglich, denn Steuererhöhungen sind nicht vorgesehen und das Begünstigen des privaten Sparens verspricht nicht viel und zwar aus zwei Gründen: 1) Es ist kaum möglich, die höheren Einkommenschichten in fünf Jahren für die Veränderung ihrer Konsumgewohnheiten (weniger konsumieren!) zu gewinnen und 2) ist für die unteren Einkommenschichten, deren Einkommen verbessert wird, eher eine Konsumerhöhung als eine Ersparniszunahme anzunehmen.

Wenden wir uns jetzt den einzelnen Politiken zu.

1. Geld-, Kredit- und Kapitalmarktpolitik

Man will aus Geldwertstabilitätsgründen die liquiden Mittel nicht übermäßig anwachsen lassen und die langfristigen Investitionen mit langfristigen privaten und öff. Ersparnissen finanzieren. Darum müssen die langfristigen Anlagen der Ersparnisse unmittelbar gefördert und dem Kapitalmarkt ausreichend zufließen. Hier möchte ich sagen, dass es nicht unbedingt nötig ist, die Investitionen mit Ersparnissen zu finanzieren, denn hätte man sie in der Nachkriegszeit nur mit Ersparnissen finanziert, so hätte kein Mensch vom "Wirtschaftswunder" sprechen können²⁶. Weiter soll die Funktionsfähigkeit des Kapitalmar-

25. EWG-Kommission, Ausschuss f. mittelfrist. Wirt. pol., Verentwurf des ersten Programms f. d. mittelfrist. Wirt. pol. 1966-1970, Bericht. Brüssel, 25. März 1966, S. III 17.

26. Finanz- und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums: Schrft. d. Ver. f. Soc. pol., NF. Bd. 15, 1959, S. 213 ff.

ktes, durch die Beseitigung der Hindernisse für die Freizügigkeit der Kapitalbewegungen, verbessert werden.

Der Zins, dessen eine Funktion die der Allokation der Produktionsfaktoren ist, wurde überhaupt nicht erwähnt. (Vielleicht ist dies unter "Hindernisse" gemeint!).

2. Einkommenspolitik

Einkommenspolitik, wie alle anderen Politiken, ist ein Thema für sich. Wir haben uns mit dem über ein Semester beschäftigt.

Nun erlauben Sie mir, dass ich das mit zwei Worten streife.

a) Der Staat und die Sozialpartner sollten gemeinsam versuchen die Zunahme der nominellen Gesamteinkommen im Rahmen des realen Produktionsanstieges beizubehalten (keine Inflation).

b) Das Einkommen soll gerechter verteilt werden.

Hier möchte ich, mit einem Vorbehalt, dafür plädieren, denn das "Pro-Kopf-Sozialprodukt" in den "weniger begünstigten Gebieten Süditaliens" betrug nach einer im Auftrag der Kommission durchgeführten Untersuchung nur rd. 30%, im Land Hamburg dagegen 190% des Durchschnittswertes für die Gemeinschaft. Weiter wurde festgestellt, dass die "weitest entwickelten Regionen der Gemeinschaft", die sich in nord-südlicher Richtung von den Niederlanden bis nach Norditalien erstrecken, rd. 30% des Gebietes, 45% der Bevölkerung und 60% des Sozialproduktes der Gemeinschaft auf sich konzentrieren. (Zweiter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft, März 1959, S. 50 f.)²⁷. Mein Vorbehalt betrifft die "Gleichmacherei" der Einkommen, die ebenfalls nicht gerecht und auch nicht wachstumsfördernd wäre.

3. Aussenwirtschaftspolitik

Mit der Hoffnung, dass in den nächsten 5 Jahren die EWG-Länder von der Zollunion zur Wirtschaftsunion übergehen werden, wird der Terminus "Aussenwirtschaftspolitik" innerhalb der sechs Länder bald mit dem Terminus "Binnenwirtschaftspolitik" ersetzt werden.

Was die EWG und die übrige Welt betrifft lässt sich nicht viel sagen, weil die Projektionen auf der Hypothese einer günstigen Entwicklung der Auslandsnachfrage beruhen.

Eine Intensivierung der Investitionen auf den Gebieten, wo ein Land,

27. Festschrift für Andreas Predöhl: Gestaltungsprobleme..., l.c., S. 431, Fußnote.

international gesehen, eine günstige Position einnimmt (komparative Kostenvorteile), kann zu einer Exportsteigerung führen.

Es soll noch gesorgt werden, dass die Preisstabilität nicht von der Entwicklung der Kosten her gefährdet wird, da sonst die Stellung der Wirtschaft der sechs Länder auf den Weltmärkten geschwächt werden könnte.

Und zum Schluss ist zu erwähnen, dass die EWG "die Entwicklungsländer bei der Lösung ihrer Entwicklungsprobleme tatkräftig unterstützen"²⁸ will.

4. Öffentliche Finanzpolitik²⁹

Das Neue und Interessante ist hier die Aufstellung von mehrjährigen Haushaltsvorausschau oder -programmen und damit eine mehrjährige Finanzplanung. Diese Programme sind ein wichtiges Hilfsmittel für eine möglichst weitgehende Festlegung von Prioritäten der einzelnen Ausgabenkategorien, die für die Sicherstellung eines möglichst effizienten Einsatzes der öff. Mittel unerlässlich ist.

Auch für die Parlamente sind sie vorteilhaft, obwohl ein, z.B., zweijähriger Haushaltsausgleich sehr schwierig ist.

Diese, sagen wir, "neue Finanzpolitik" ist eine Voraussetzung des wirtschaftlichen Wachstums, weil alle Infrastrukturprobleme langfristigen Charakter haben.

Die Projektionen zeigen, dass in den nächsten 5 Jahren die öff. Ausgaben schneller wachsen werden als das BIP (Wagner'sches Gesetz). (Hier sollte erwähnt werden — weil sich die Finanzwirtschaft auf die

28. EWG-Kommission, Ausschuss..., l.c., S. III 23-24.

29. Hier stütze ich mich auf: E WG-Kommission, Ausschuss..., l.c., S. V-2 ff; Finanzarchiv, NF., Bd. 24; J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen, 1965. a) *Norbert Andel*, Zur Harmonisierung öff. Ausgaben in einem Gemeinsamen Markt, S. 1 ff; b) *W. Wittmann*, Zur Frage der wachstumspolitischen Effizienz eines rationalen Steuersystems, S. 51 ff; Zeitschrift für Nat. Oek., Bd. 26, 1966. a) *Reinhard Kamitz*, Kriterien des wirtschaftlichen Wachstums, S. 114 ff; b) *Wilhelm Weber*, Oeff. Ausgaben in einer langfristigen Wirtschaftspolitik, S. 363 ff; *Gerhard Zeitel*, Probleme der Steuerharmonisierung im Gemeinsamen Markt, in: *Hamburger Jahrbuch*, 10. Jahr. 1965, S. 68 ff; *Hans Willgerodt*, Warum Staatsplanung in der Marktwirtschaft? in *ORDO* (Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft), 10. Bd.; Helmut Küpper vormals Georg. Bondi, 1966, S. 170 ff; *Kurt Schmidt*, Wachsende Staatsausgaben? Erfahrungen und Alternativen, in: *ORDO*, Doppelband, 15/16, 1965, S. 167 ff; *Kurt Schmidt*, Zur Koordination von Steuern bei wirtschaftl. Integration, in: *Weltwirtschaftliche Probleme der Gegenwart: Schrft. d. Ver. f. Soc. pol.*, NF. Bd. 35, 1965, S. 429 ff; *Bombach/Giersch/Senf*, Wachstum..., l.c., S. 157 ff.

nominationelle Wachstumsrate [reale Wachstumsrate + Inflationsrate] abstellen muss — dass Projektionen in konstanten Preisen die Entwicklung des Anteils der öff. Ausgaben am BIP in jeweiligen Preisen unterschätzen. Ausserdem treten die Uebertragungseinkommen nicht in Erscheinung).

Bei diesem Wagner'schen Gesetz, das auch hier gilt, könnte man sich, vielleicht sollte man sich, fragen, ob es teuren Staat, oder Vergrösserung des Aufgabenbereichs des Staates, d.h. ein allmähliches Ersetzen des Privaten durch das Staatliche, oder beides zusammen bedeutet? Nun Beweise habe ich nicht vorzubringen, aber gefühlsmässig scheint mir das letzte zutreffend.

Verden wir uns jetzt den einzelnen Problemen zu:

1. Abstimmung des öff. Bedarfs mit den gesamtwirtschaftlichen Möglichkeiten

Es wird eine hohe Zunahme der öff. Investitionen erwartet, denn in den letzten Jahren hat die Infrastruktur im engeren und weiteren Sinne mit der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung nicht Schritt halten können.

2. Deckung des öff. Finanzierungsbedarfs

a) Den öff. Konsum zu bremsen, scheint unwahrscheinlich.

b) *O e f f. V e r s c h u l d u n g*: Bei einer unveränderten Steuerpolitik, werden sich alle Staaten verschuldet müssen, weil "eine merkliche Verschlechterung in der laufenden Rechnung zu befürchten" ist, "so dass die öff. Ersparnis als Finanzierungsmittel" an Bedeutung verliert³⁰.

Aus Preisstabilitätsgründen sollten die Staaten ihren Finanzierungsbedarf durch langfristige Inlandskredite finanzieren. Kurzfristige Bankkredite, insbesondere Notenbankkredite, und kurzfristige öff. Titel sollten nur vorübergehend und nur in Einklang mit den konjunkturpolitischen Erfordernissen erfolgen.

Die Interessen der öff. Hand als Emittent am Kapitalmarkt treffen mit denjenigen der Unternehmen zusammen, die möglicherweise zur Finanzierung ihrer Investitionen ebenfalls verstärkt an den Kapitalmarkt herantreten müssen.

Eine Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch die öff. Hand sollte nicht zu Lasten der privaten Unternehmungen gehen, und nur vertretbar sein, solange der Nachfrage nach Kapital ausreichend echte Ersparnisse gegenüberstehen.

30. EWG-Kommission, Ausschuss..., l.c., S. V - 3.

c) Erhöhung des Steueraufkommens: Für die nächsten 5 Jahre ist keine Steuererhöhung vorgesehen.

Mir scheint aber die Steuererhöhung aus folgenden Gründen unvermeidlich:

- Die öff. Investitionen werden zunehmen;
- Bremsung des öff. Konsums ist unwahrscheinlich;
- Die öff. Ersparnis wird als Finanzierungsmittel an Bedeutung verlieren.

- Bei der Inanspruchnahme des Kapitalmarktes muss man die Interessen der privaten Unternehmer berücksichtigen.

All das erwähnt der Ausschuss selber. Noch folgendes, das von ihm überhaupt nicht erwähnt wird, ist wichtig: Ab 1.7.1968 gibt es für die Staaten keine Zolleinnahmen mehr. Der gemeinsame Aussenzolltarif³¹ fällt den EWG-Institutionen zu, deren Ausgaben, die jetzt von den Einzelstaaten getragen werden, im Begriff des Steigens sind. (EWG-Haushaltsplan für 1966: 369.559.410 RE)³².

Weiter erfordert das Anstreben der Ziele den Einsatz von Mitteln und somit von Geld.

Nun einiges über die *Steuerharmonisierung*: Was die indirekten Steuern betrifft will man an Stelle der Mehrphasen-Umsatzsteuer die sog. Mehrwertumsatzsteuer einführen. (Sie wird so berechnet, dass lediglich der Wert: Verkaufspreis — Einkäufe, steuerbar ist). Die direkten Steuern sollten die private Ersparnisbildung begünstigen. Das meist-herrschende progressive Steuersystem aber beeinträchtigt sie und damit das Wachstum.

Allgemein will man gleiche Steuern in allen EWG-Staaten haben, aber gleiche Steuern und gleiche Steuersätze in allen Staaten sind sowohl aus Gerechtigkeits- als auch aus Wachstumsgründen nicht zu vertreten, weil man so die regionalen Unterschiede (Regionalpolitik) ausser Acht lässt³³.

Schliesslich will man auch die Haushaltspolitik der verschiedenen öff. Verwaltungen (Staat, andere Gebietskörperschaften, Sozialversicherung) koordinieren. Diese Koordination ist notwendig, weil es in einem

31. EWG-Kommission, Memorandum..., l.c., S. 104.

32. EWG-Kommission, 9. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (1.4.1965-31.3.1966), Juni 1966, S. 367.

33. Kurt Schmidt, Zur Koordination..., l.c., S. 408 (Littmanns Diskussionsbeitrag zum Schmidts' Vortrag: Zur Koordinierung der Steuern bei wirtschaftlicher Integration).

Staat "tausend Staaten" und in der EWG sechs mal "tausend Staaten" gibt.

3. Mehrjährige Haushaltsvorausschau oder -programme

Darüber wurde weiter oben gesprochen. Hier möchte ich nur noch hinzufügen, dass sie wesentlich dazu beitragen, dass die technische Planung und Durchführung bestimmter öff. Investitionsvorhaben frühzeitig vorbereitet wird, so dass sie im Falle einer Konjunkturabschwächung ohne grössere Verzögerungen in Angriff genommen werden können.

Die Vorausschau sollte als einen "Rahmenplan" und nicht mit absolut verbindlichem Charakter gedacht werden, denn sie müssen elastisch sein, um der jeweiligen Konjunkturlage entgegenkommen zu können.

4. Festlegung von Prioritäten

Durch die Festlegung einer Dringlichkeitsskala sollte erreicht werden, dass einer Ueberbeanspruchung bestimmter Produktionskapazitäten vorgebeugt wird; zugleich wäre damit sicher zu stellen, dass gegebenenfalls nicht die Durchführung aller oder der meisten Investitionsvorhaben verzögert wird, sondern nur weniger dringliche Projekte zurückgestellt werden.

Die Festlegung von Prioritäten müsste sich auf sachliche, zeitliche und regionale Dringlichkeit beziehen.

VI. SCHLUSSKRITIK

Es dürfte klar geworden sein, dass die EWG die Verwirklichung nicht nur eines "magischen Dreiecks" anstrebt, sondern zweier, nämlich Preisstabilität, Vollbeschäftigung, Zahlungsbilanzgleichgewicht, befriedigendes Wachstum, gerechtere Einkommensverteilung und Entwicklungshilfe.

Es ist sehr schwierig oder sogar unmöglich in diesem Konfliktfeld Ordnung zu schaffen und darum möchte ich mich nur mit dem Hauptziel "stetiges Wachstum von 4,3%" auseinandersetzen.

Was man darunter verstehen soll, sagt uns der Ausschuss nicht. Sehen wir aber was andere Ökonomen darüber sagen.

W. G. Hoffmann: "Mit dem Ziel der Stetigkeit des Wachstums ist dabei keineswegs eine starre Konstanz der Zuwachsrate des Volkseinkommens absolut oder je Kopf der Bevölkerung gemeint.

Vielmehr ist als Ziel unterstellt nur eine Tendenz zur Stetigkeit,

d.h. ein Wachstum, das mit relativ geringen Ausschlägen um einen steigenden Trend sich vollzieht. Was 'relativ gering' in der konkreten Situation für Mengen- und Wertgrößen heisst, kann nur fallweise entschieden werden. Sicher müssen die Amplituden so gross sein, dass endogen oder exogen bedingte Anpassungsprozesse in einem vorwiegend konkurrenzwirtschaftlichen System sich durchsetzen können»³⁴.

J. Niehans: "Die Stetigkeit des Wachstums ist deshalb kein Problem, weil es sie nie gegeben hat und voraussichtlich auch nie geben wird, weil es sie nicht geben kann"³⁵. Hat dann das Ziel "stetiges Wachstum" einen Sinn?

Hoffmann stellt fest, "dass aus wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Gründen eine sich einigermaßen gleichmässig vollziehende Steigerung des Realeinkommens erwünscht ist"³⁶.

Nun auf die Frage, ob es sinnvoller wäre eine Steigerung der Wachstumsrate des Sozialproduktes oder des Sozialproduktes pro Kopf der Bevölkerung oder des Sozialproduktes pro Arbeitsstunde, möchte ich nicht eingehen³⁷. Langfristig wäre das vernünftige Ziel die Maximierung des Konsums.

Es ist gefährlich auf Basis einer hypothetischen Wachstumsrate die übrigen Größen (Investitionen, staatlichen Verbrauch, Vorratsveränderungen) zu berechnen. Denn falls die Wachstumsrate stimmt, ist alles in Ordnung, falls aber nicht dann geht vieles schief.

Das Argument, es macht nichts aus, wenn die Wachstumsrate 1% kleiner oder grösser sein wird, ist nicht stichhaltig, weil man wohl sagen könnte wozu dann überhaupt Prognostizieren?

Will man Wachstumspolitik betreiben, so braucht es, meiner Ansicht nach, einen Anhaltspunkt. Dieser sollte eine minimale Wachstumsrate sein und falls mehr kommt ist es willkommen.

E. Schneider dagegen sagt, dass es "verfehlt ist, mit einer vorgegebenen Wachstumsrate als Planungsziel zu beginnen. In einem gemischten System vorwiegend marktwirtschaftlicher Prägung kann die Wachstumsrate immer nur das Ergebnis der Art und Weise sein, in der

34. Finanz- und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums: *Schrift. d. Ver. f. Soc. pol. N. F. Bd., 15, 1959, S. 12.*

35. Finanz- und währungspolitische..., l.c., S. 73.

36. Finanz- und währungspolitische..., l.c., S. 12.

37. Dazu: *H. Giersch*, Strategien der Wachstumspolitik, in: *Zeit. für die gesamte Staatswissenschaft*, 119. Bd. J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen, 1963, S. 241-242; *H. J. Vosgerau*, Ueber optimales wirtschaftliches Wachstum; *Kyklos-Verlag Basel, J.C.B. Mohr Tübingen*, 1965, S. 4-10; *H. Giersch*, *Allg. Wirtschaftspolitik...*, l.c., S. 86; *Bombach/Giersch/Senf*, *Wachstum...*, l.c., S. 34-35.

die Millionen von Wirtschaftseinheiten in unserer Wirtschaftsordnung über die vorhandenen Ressourcen verfügen"³⁸.

Folgendes finde ich als Widerspruch: Man projiziert die Zukunftsgrössen durch Trendextrapolationen, (d.h., dass sich die Grössen auch in der Zukunft so entwickeln werden, wie in der Vergangenheit) und man will Wachstumspolitik treiben. Wachstumspolitik treiben heisst aber das Wachstum gestalten, also die Grössen beeinflussen, während bei Trendextrapolation alles bleibt wie es war!

Auf die Frage, ob man in einer Marktwirtschaft planen darf, oder soll, gehe ich nicht ein. Jedoch möchte ich erwähnen, dass die meisten Ökonomen positiv gegenüber dem "ob geplant werden soll" stehen, dagegen aber uneinig über das "wie geplant werden soll" sind.

In unserem Fall handelt es sich um gesamtwirtschaftliche Projektionen mit verbindlichen Zielen für den öff. Sektor (insbesondere die öff. Investitionen) und einer unverbindlichen, richtungsweisenden, prognostischen Orientierung für die Privatwirtschaft. Die sektorale Aufgliederung kann sich daher auf wenige Bereiche beschränken.

Bei dieser Variante der Rahmenplanung geht es vor allem darum, die volkswirtschaftliche Infrastruktur dem voraussichtlichen Bedarf so anzupassen, dass ein möglichst störungsfreies Wachstum der Gesamtwirtschaft gewährleistet wird³⁹.

W. Bauer vertritt aber folgende Meinung: "Je mehr der Staat geneigt ist, im Rahmen seiner Wachstumspolitik auch mit gezielten Massnahmen zu operieren, desto grösser wird sein Bedürfnis nach einem vollständigen System von Branchenprojektionen sein"⁴⁰. Dadurch wird das 'Unverbindliche' des Programms verbindlich.

Das aufgestellte Programm will man "im Lichte der Erfahrungen und neuer Erwartungen" von Jahr zu Jahr revidieren. In diesem Sinne ist das Programm niemals etwas Definitives, sondern "une activité permanente, une 'création continue'"⁴¹.

Müller-Armack scheint ein solches Verfahren nicht ganz zweckmässig: "Es erinnert mich an einen Gedankensplitter von Muthesius: Ein Konjunkturforscher ist ein Mann, der dir morgen genau sagen wird, warum das, was er gestern prophezeit hat, heute nicht eingetroffen ist".

38. E. Schneider, Planung..., l.c., S. 17, Fussnote.

39. Egon Tuchtfeldt, Die Volkswirtschaftliche Rahmenplanung im Widerstreit der Meinungen, in: WW-Archiv, Bd. 94 (1965 I), S. 14-15.

40. Karl Christian Kuhlo, Die Wachstumsprognose..., l.c., S. 348.

41. E. Schneider, Planung..., l.c., S. 17 (Der Ausdruck 'création continue' stammt von E. Perroux).

Er fährt weiter "diese nachträgliche Korrektur einer für fünf Jahre gegebenen Prophetie, auf die sich doch wahrscheinlich Unternehmer einstellen sollen, kann ich mir nicht recht vorstellen". Darum plädiert er für Alternativprojektionen, d.h. die Aufzeichnung verschiedener Möglichkeiten der künftigen Entwicklung aufgrund verschiedener Hypothesen.

Bei diesen Alternativprojektionen entfällt die Möglichkeit, dass sie als Orientierung für den Unternehmer dienen können. "Denn man kann ja nicht gleichzeitig schönes und schlechtes Wetter seiner Entscheidung zugrunde legen"⁴².

Ich komme zum Schluss. Trotz meiner Kritik, und bekanntlich ist es leicht zu kritisieren, aber viel schwerer etwas durchzuführen, stehe ich diesem ersten Versuch der EWG nicht negativ gegenüber, denn "die Tatsache, dass die Mitglieder des Ausschusses auf Grund ihrer Besprechungen nach und nach eine gemeinsame und tatsächlich sogar weitgehend gemeinschaftliche Sprache gefunden haben, ist an sich schon ein positives Ergebnis"⁴³.

42. Kurt Schmidt, Zur Koordination..., l.c., S. 239.

43. EWG-Kommission, Kom (66) 170, Brüssel, den 29. April 1966. Entwurf des Programms für die mittelfrist. Wirt. pol. (1966-1970); (Von der Kommission dem Rat vorgelegt), S. 3.

TABELLE 1

Entwicklung der Gesamtbevoelkerung

LAND	Bevölk. in 1000*		Mittl. jährl. Zuwachsraten in %		
	1960	1970	1955/60	1960/65	1965/70
BRD	55 430	60 700	1,1	1,3	0,6
F	45 680	51 290	1,0	1,4	0,9
I	49 760	53 100	0,6	0,7	0,6
NL	11 490	13 230	1,3	1,4	1,5
B	9 180	9 780	0,6	0,7	0,6
L	315	348	0,6	1,1	0,8
EWG	171 860	188 450	0,9	1,1	0,8

* Mit Ausnahme der Angaben für Luxemburg wurden die Zahlen auf 10 000 abgerundet.

TABELLE 2

Entwicklung der Erwerbspersonen

Bestand in 1000*		Mittl. jährl. Zuwachsraten in %		
1960	1970	1955/60	1960/65	1965/70
26 520	27 300	1,1	0,6	0
19 720	20 760	0,1	0,6	0,6
19 880	20 980	0,4	0,5	0,6
4 190	4 840	0,7	1,6	1,3
3 530	3 760	0,1	0,7	0,5
131	137	0,1	0,7	0,2
73 970	77 780	0,5	0,7	0,4

* Einschliesslich der Wehrpflichtige und des Netto-Saldos der Grenzgänger.

TABELLE 3

Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen

LAND	Bestand in 1000*		Mittl. jährl. Zuwachsraten in %		
	1960	1970	1955/60	1960/65	1965/70
BRD	26 250	27 150	1,7	0,7	0
F	19 480	20 410	- 0,1	0,3	0,7
I	19 010	20 360	1,3	0,6	0,8
NL	4 140	4 780	0,7	1,6	1,2
B	3 350	3 660	- 0,1	1,1	0,6
L	134	142	0,2	0,7	0,4
EWG	72 360	76 500	1,0	0,6	0,5

* Einschliesslich der Wehrpflichtige und des Netto-Saldos der Grenzgänger.

TABELLE 4

*Gesamtwirtschaftliches reales Wachstum**

Mittlere jährl. Zuwachsraten in %						
B I P			BIP/Erwerbstät.		BIP/Einwohner	
1955/60	1960/65	1965/70	1960/65	1965/70	1960/65	1965/70
6,6	5,1	3,5	4,3	3,5	3,8	3,0
4,7	4,8	4,8	4,5	4,2	3,4	3,9
5,9	5,1	5,0	4,5	4,2	4,4	4,4
4,2	4,7	4,6	3,0	3,3	3,3	3,1
2,7	4,5	4,1	3,4	3,4	3,8	3,5
3,0	2,9	3,2	2,2	2,8	1,8	2,4
5,4	4,9	4,3	4,3	3,8	3,8	3,5

* BIP zu Preisen von 1960. Für die BRD : BSP zu Preisen von 1965.

TABELLE 5

Entwicklung der unmittelbaren produktiven Investitionen

LAND	In % d. Bruttoanlage- investitionen			Mittl. jährl. Zuwachsraten in %	
	1960	1965	1970	1960/65	1965/70
BRD	62,1	62,5	63,3	7,4	3,7
F	63,5	58,6	60,0	6,7	5,8
I	65,1	58,6	64,6	- 0,6	12,2
NL	64,6	63,3	60,7	6,5	5,7
B	60,9	61,1	61,3	4,4	4,0
L	59,6		-	-	-
EWG	52,2	56,3	58,5	5,8	6,1

TABELLE 6

Entwicklung des oeff. Verbrauchs & der oeff. Investitionen

Oeff. Verbrauch			Oeff. Investitionen		
in % d. BIP	Mittl. jährl. Zuwachsraten		in % d. BIP	Mittl. jährl. Zuwachsraten	
1960	1960/65	1965/70	1960	1960/65	1965/70
14,3	6,6	3,1	3,4	10,3	5,5
12,8	3,8	4,5	2,1	11,0	8,2
14,6	5,0	5,2	2,3	1,8	18,4
13,7	3,4	3,1	4,1	7,8	9,8
12,6	6,1	5,6	2,2	8,3	7,5
10,2	2,2	2,7	4,9	-	-
13,5	5,2	4,0	2,5	8,9	8,5

TABELLE 7

Entwicklung des Wohnungsbaus

LAND	Anzahl in 1000*	in Mio RE**	Mittl. jährl. Zuwachsraten in %		Anteil in %			
					am BIP		an den BA Invest.	
	1960	1960	1960/65	1965/70	1965	1970	1965	1970
BRD	551	3774	4,9	1,0	5,8	5,1	21,6	19,1
F	317	2832	10,8	2,7	6,2	5,7	28,6	25,2
I	313	1773	6,2	1,4	5,9	4,9	31,2	20,7
NL	85	480	7,7	6,2	4,9	5,3	18,6	18,2
B	52	587	2,3	1,6	4,7	4,1	25,0	22,3
L	1	20	-	-	-	-	-	-
EWG	1319	9466	7,0	2,1	5,6	5,1	24,2	20,8

* Anzahl der jährlich fertiggestellten Wohnungen, Quelle : SAEG, Allgemeines Statistisches Bulletin, 1964 N. 1, Tab. 37.

** Eine Rechnungseinheit (RE) entspricht 0,888671 gr. Feingold und damit gegenwärtig der Definition eines US Dollars (Zweck: Vergleiche zu ermöglichen!).

TABELLE 8

Entwicklung des privaten Verbrauchs

Mittl. jährl. Zuwachsraten in %		Mittl. jährl. Zuwachsraten je Einwohner in %		Anteil am BIP in %		
1960/65	1965/70	1960/65	1965/70	1960	1965	1970
5,4	3,5	4,1	2,9	55,9	56,6	56,4
5,2	4,5	3,8	3,5	63,5	65,1	63,9
5,7	4,7	5,0	4,0	61,6	63,4	62,5
6,2	4,0	4,7	2,5	57,2	61,3	59,4
3,8	3,7	3,0	3,1	69,3	66,7	65,6
3,5	3,2	2,4	2,4	57,7	59,5	59,3
5,3	4,1	4,2	3,3	60,8	61,9	61,2

Für die Tabellen : Quelle : EWG Ausschuss für mittelfristige Wirtschaftspolitik Vorentwurf des ersten Programms für die mittelfristige Wirtschaftspolitik 1966 - 1970 Brüssel, 25. März 1966.

LITERATURVERZEICHNIS

1. EWG-Kommission, Memorandum der Kommission über das Aktionsprogramm der Gemeinschaft für die zweite Stufe. Brüssel, 24.10.1962.
2. Planung ohne Planwirtschaft, Hrsg. A. Plitzko; Kyklos-Verlag Basel, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen, 1964.
3. E. Schneider, Planung, Programmierung und Koordinierung in der EWG, in: WW-Archiv. Bd. 93 (1964 II); Hoffmann und Campo Verlag Hamburg.
4. H. Giersch, Allg. Wirtschaftspolitik, I. Bd. Grundlagen; Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler Wiesbaden, 1960.
5. Methoden zur Vorausschätzung der Wirtschaftsentwicklung auf lange Sicht; Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften; Statistische Informationen, 1960, Nr. 6, Nov./Dez.
6. Karl Christian Kuhlo, Die Wachstumsprognose, insbesondere die Prognose der Produktivitätsentwicklung, in: Diagnose und Prognose als wirtschaftswissenschaftliche Methodenprobleme: Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF. Bd. 25; Verlag von Duncker und Humblot Berlin, 1962.
7. G. Bombach, Ueber die Problematik von Wachstumsprognosen, in: Money, Growth and Methodology and Other Essays in Economics, in Honour of J. Åkerman; Lund 1961.
8. Bombach /Giersch/ Senf, Wachstum und Konjunktur; C. W. Leske Verlag Darmstadt und Opladen, 1960.
9. G. Bombach, Ueber die Möglichkeit wirtschaftlicher Voraussagen; Kyklos, Vol. 15 (1962), H. 1, In honorem E. Salin.
10. H. Gerfin, Langfristige Wirtschaftsprognose; J.C.B. Mohr Tübingen und Polygraphischer Verlag AG. Zürich, 1964.
11. Karl Christian Behrens, Allg. Standortbestimmungslehre; Westdeutscher Verlag Köln und Opladen, 1961.
12. G. Bombach, Bildungswesen und wirtschaftliche Entwicklung; Verlagsgesellschaft "Recht und Wirtschaft" MBH Heidelberg.
13. Karl Martin Bolte, Bevölkerung, Arbeitspotential, Konsum, in: Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft: Schr. d. Ver. f. Soc. pol., NF. Bd. 30/1, 1964.
14. H. Berg, Oekonomische Grundlagen der Bildungsplanung; Verlag von Dunker und Humblot Berlin, 1965.
15. EWG-Kommission, Ausschuss für mittelfristige Wirtschaftspolitik; Vorentwurf des ersten Programms für die mittelfristige Wirtschaftspolitik 1966 - 1970, Anhänge. Brüssel, 25. März 1966.
16. Die Problematik der Vollbeschäftigung: Schr. d. Ver. f. Soc. pol., NF. Bd. 3, 1951.
17. Gertrud Neuhauser, Wettbewerbspolitik und technischer Fortschritt im Gemeinsamen Markt, in: Zeitschrift für Nat. Oek., Bd. 23; Springer-Verlag Wien, 1964.
18. Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 12. Bd., 1965.
- a) F. Machlup, Wettbewerb: Wirtschaftstheoret. Betrachtung,

- b) *K. Schiller*, Wirtschaftspolitik.
- 19. *H. Gerfin*, Gesamtwirtschaftliches Wachstum und regionale Entwicklung, in: *Kyklos*, Vol. 17, 1964.
- 20. Festschrift für Andreas Predöhl: Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft, Hrsg. H. Jürgensen; Vandenhoeck und Ruprecht in Göttingen, 1964.
- 21. *H. Giersch*, Aufgaben der Strukturpolitik, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, 9. Jahr; J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen, 1964.
- 22. *Wilfried Guth*, Wachstumsorientierte Strukturpolitik, in: *Deutsche Bundesbank*, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 71, 29.9.1966.
- 23. *F. Machlup*, Structure and Structural Change: Weaselwords and Jargon, in: *Zeit. f. Nat. Oek.*, Bd. 18, 1958.
- 24. EWG-Kommission, Ausschuss f. mittelfrist. Wirt. pol., Vorentwurf des ersten Programms f. d. mittelfrist. Wirt. pol. 1966 - 1970, *Bericht*. Brüssel, 25. März 1966.
- 25. *Finanzarchiv*, NF., Bd. 24; J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen, 1965.
- a) *Norbert Andel*, Zur Harmonisierung öff. Ausgaben in einem Gemeinsamen Markt,
- b) *W. Wittmann*, Zur Frage der wachstumspolitischen Effizienz eines rationalen Steuersystems.
- 26. *Zeitschrift für Nat. Oek.*, Bd. 26, 1966.
- a) *Reinhard Kamitz*, Kriterien des wirtschaftlichen Wachstums,
- b) *Wilhelm Weber*, Oeff. Ausgaben in einer langfristigen Wirtschaftspolitik.
- 27. *Gerhard Zeitel*, Probleme der Steuerharmonisierung im Gemeinsamen Markt, in: *Hamburger Jahrbuch*, 10. Jahr., 1965.
- 28. *Hans Willgerodt*, Warum Staatsplanung in der Marktwirtschaft? in: *ORDO* (*Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*), 10. Bd.; Helmut Küpper vormals Georg Bondi, 1966.
- 29. *Kurt Schmidt*, Wachsende Staatsausgaben? Erfahrungen und Alternativen, in: *ORDO*, Doppelband, 15/16, 1965.
- 30. *Kurt Schmidt*, Zur Koordination von Steuern bei wirtschaftl. Integration, in: *Weltwirtschaftliche Probleme der Gegenwart: Schrft. d. Ver. f. Soc. pol.*, NF. Bd. 35, 1965.
- 31. EWG-Kommission, 9. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (1.4.1965 - 31.3.1966), Juni 1966.
- 32. Finanz- und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums: *Schrft. d. Ver. f. Soc. pol.*, NF. Bd. 15, 1959.
- 33. *H. Giersch*, Strategien der Wachstumspolitik, in: *Zeit. für die gesamte Staatswissenschaft*, 119. Bd. J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen, 1963.
- 34. *H. J. Vosgerau*, Ueber optimales wirtschaftliches Wachstum; *Kyklos-Verlag* Basel, J.C.B. Mohr Tübingen, 1965.
- 35. *Egon Tuchtfeldt*, Die Volkswirtschaftliche Rahmenplanung im Widerstreit der Meinungen, in: *WW-Archiv*, Bd. 94 (1965 I).
- 36. *H. Riese*, Mittelfristiges wirtschaftliches Wachstum und neoklassische Wachstumstheorie, in: *Kyklos*, Vol. 18, (1965 I).
- 37. EWG-Kommission, Kom (66) 170, Brüssel, den 29. April 1966. Entwurf des Programms für die mittelfrist. Wirt. pol. (1966 - 1970); (Von der Kommission dem Rat vorgelegt).